

Die Schweiz und Europa – die Schweiz in Europa

Gerhard Schwarz

Die Europäische Union erlebt gerade den größten Erweiterungsschritt ihrer Geschichte. Nicht nur ist die Zahl der Mitgliedstaaten von fünfzehn auf 25 gestiegen, nicht nur kamen fast hundert Millionen Menschen neu dazu, sondern vor allem setzt auch die kulturelle und historische Dimension der Osterweiterung neue Akzente. Da stellt sich für viele wohl wieder aufs Neue die Frage, wie es denn um das Verhältnis der EU zur Schweiz stehe, dieses ureuropäische Land im Herzen des Kontinentes. Im Folgenden sollen einige Überlegungen ausgebreitet werden, die für die Eigenständigkeit der Schweiz sprechen beziehungsweise jedenfalls dafür um Verständnis werben. Der Aufsatz gliedert sich in die drei großen Fragen, die allerdings nicht alle mit der gleichen Tiefe behandelt werden konnten: Ist die Schweiz anders? Ist die Schweiz ein Modell? Ist die Schweiz europäisch?

Die Schweiz – ein Sonderfall?

Es gibt und gab in der Schweiz eine immer wieder aufflammende Debatte über die Frage, ob es sich bei ihr um einen Sonderfall handle oder nicht. Die Grenzlinien dieser Debatte verlaufen über weite Strecken – bedauerlicherweise – ziemlich genau entlang des klassischen Links-rechts-Schemas. Den linken Internationalisten ist die Idee, die Schweiz könnte in irgendeiner Weise besonders sein, ein Gräuel. Sie möchten sich möglichst stark den Trends anpassen, jedenfalls nicht aufpassen, schon gar nicht negativ – nach ihren Maßstäben. Auf der rechten Seite

wird die Frage nach dem Sonderfall dagegen nicht nur bejaht, sondern dieser Sonderfall wird in einer gewissen Selbstverliebtheit geradezu zelebriert.

Glücklicherweise gibt es dazwischen auch einige Liberale, die Offenheit und Eigenständigkeit nicht für Gegensätze halten. Nach ihrer Auffassung ist, erstens, jedes Land auf seine Art ein Sonderfall. In der Vielfalt von staatlichen Individualitäten auf engem Raum in Europa liegt ein enormer Reichtum und eine Quelle der Kreativität. In diesem Sinne ist selbstverständlich auch die Schweiz – ebenso wie alle anderen Länder – ein Sonderfall, aber sie schlägt damit eben nicht aus der Reihe. Die Schweiz ist zweitens auch insofern nichts Besonderes, als sie wohl nicht *mehr* ein Sonderfall ist als andere Länder; sie ist, mit anderen Worten, in der Summe ihrer Eigenschaften vom „europäischen Durchschnitt“, sofern es einen solchen gibt, nicht weiter entfernt als andere Länder. Es ist sogar zu vermuten, sie sei – wenn schon, denn schon – dem Durchschnitt eher etwas näher. Nun kommt es allerdings drittens darauf an, hinsichtlich welcher Faktoren sich ein Land von den anderen stark unterscheidet und hinsichtlich welcher weniger. Nicht alle diese Faktoren sind mit Blick auf die Stellung eines Landes in Europa beziehungsweise mit Blick auf die Frage, ob dieses Land dem real existierenden EU-Klub beitreten soll oder nicht, von gleicher Relevanz. Der „Sonderfall Schweiz“ meint letztlich, dass sich die Schweiz in integrationspolitisch besonders heiklen Punkten von den

übrigen Staaten ungewöhnlich deutlich abhebt. Deshalb sei im Folgenden der Versuch unternommen, die Schweiz genauer zu charakterisieren, ihre Eigenheiten etwas herauszuschälen, immer mit der Frage nach dem Verhältnis der Schweiz zu Europa im Hinterkopf.

Eine Hochpreisinsel

Aus der Sicht des Konsumenten ist die Schweiz ein alles in allem ziemlich unerfreulicher Sonderfall. Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass das Preisniveau in der Schweiz deutlich höher liegt – in einer Größenordnung von dreißig Prozent bis vierzig Prozent – als im OECD-Durchschnitt. Während früher die Deutschen am Wochenende in die Schweiz pilgerten, um dort diverse Produkte in besserer Qualität und günstiger zu erstehen als im eigenen Land, hat sich inzwischen längst ein umgekehrter Einkaufstourismus entwickelt. Vieles ist in Deutschland, Österreich, Frankreich und Italien deutlich billiger als in der Schweiz, und zwar nicht nur viele Lebensmittel, sondern auch viele dauerhafte Konsumgüter, die durch die Rückerstattung der Mehrwertsteuer erst recht zum Schnäppchen werden. Dieses hohe Preisniveau hat nicht so sehr, auch nicht in erster Linie, mit dem hohen Lohnniveau zu tun, wie oft behauptet wird, sondern in erster Linie mit einer relativ wettbewerbsfeindlichen, kartellistischen Struktur sowie mit der Tatsache, dass die Schweizer Wirtschaft in einen sehr geschützten Binnensektor aufgeteilt ist, der auf eine starke politische Lobby zählen kann, und in einen sehr kompetitiven internationalen Sektor.

Aus der Sicht des Arbeitnehmers stellt sich der Sonderfall Schweiz wesentlich günstiger dar als aus Sicht des Konsumenten. Das mögen besitzstandwahrende Gewerkschaften nicht so sehen, aber Tatsache ist, dass die Schweiz seit Jahrzehnten eine Arbeitslosenquote aufweist, von der andere nur träumen können. Mit rund

vier Prozent ist sie zurzeit zwar für helvetische Verhältnisse ungewöhnlich hoch, aber welcher Arbeitnehmer, der wirklich arbeiten möchte, würde nicht lieber in einem solchen Land leben als in Deutschland, Frankreich, Spanien oder Italien, wo im Schnitt ungefähr jeder Zehnte arbeitslos ist, und auch das nur, wenn man den offiziellen Zahlen traut. Wenn man nämlich die Situation als Ökonom nach versteckter Arbeitslosigkeit und Produktivitätsschwächen durchleuchtet, kommt man überall auf noch höhere Zahlen.

Solange das durchschnittliche Pensionierungsalter in einem Land wie Österreich de facto etwa bei sechzig Jahren für Männer und 55 Jahren für Frauen liegt, solange man – in Frankreich und anderswo – mit Arbeitszeitverkürzungen die Arbeitslosigkeit zu kaschieren versucht und solange im Schnitt die Arbeitslosigkeit im EU-Raum mit 8,7 Prozent mehr als doppelt so hoch ist als in der Schweiz, kann man den Sonderfall Schweiz auf dem Arbeitsmarkt wohl nicht als unsympathisch bezeichnen – es sei denn, man hat wirklich nur kurzfristige Partikularinteressen im Blick. Dieser Sonderfall basiert – um nur die wichtigsten Faktoren zu nennen – auf hoher Flexibilität am Arbeitsmarkt, auf einfachen Kündigungsmöglichkeiten sowie auf dezentralen Lohnverhandlungen, die auf regionale und Branchen-Unterschiede Rücksicht nehmen.

Schädlicher Steuerwettbewerb?

Aus der Sicht des Steuerzahlers präsentiert sich der Sonderfall Schweiz wohl noch günstiger. Das fängt mit dem Steuerniveau an, das zwar aus liberaler Sicht zu hoch ist, aber doch vorteilhaft mit dem der meisten europäischen Staaten kontrastiert. Fast wichtiger sind jedoch die strukturellen Aspekte der Besteuerung in der Schweiz. Zu erwähnen ist etwa die Aufteilung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, die in der Schweiz dem Zentralstaat

einen Anteil am Steueraufkommen von lediglich etwa dreißig Prozent lässt, gegenüber gut neunzig Prozent in Deutschland. Zu erwähnen ist ferner, dass das Volk, wenn es um die Steuern geht, das letzte Wort hat, nicht nur, wenn es um die Einführung neuer Steuern oder die Abschaffung von Steuerarten (etwa die Erbschaftsteuer) geht, sondern auch mit Blick auf die Steuersätze. Schließlich nimmt das Volk durch die Mitbestimmung der Aufgaben und Ausgaben auch indirekt auf die Höhe der Besteuerung Einfluss.

Bei weitem am wichtigsten ist jedoch der fiskalische Föderalismus, der Steuerwettbewerb. Dass die rund dreitausend Gemeinden des Landes alle unterschiedliche Steuersätze kennen und dass jeder der 23 beziehungsweise 26 Kantone sogar unterschiedliche Steuersysteme und -arten aufweist, stellt eine „most useful tax competition“ dar. Was aber auf nationaler Ebene gilt, trifft erst recht auf internationaler Ebene zu. Deshalb ist der Kampf der OECD „against harmful tax competition“ eigentlich nicht richtig nachzuvollziehen. Erklären kann man ihn wohl höchstens damit, dass sich die in vielen marktwirtschaftlichen Pariser Organisationen ganz offensichtlich für die Interessen der Hochsteuerländer hat einspannen lassen, die jedes Land mit niedrigeren Steuern als „unfairen“ und „schädlichen“ Wettbewerber ansehen. Man sollte sich einmal überlegen, weswegen die Schweiz nach verschiedensten Untersuchungen weniger Steuerhinterziehung kennt als andere Staaten, obwohl doch das viel gescholtene Bankgeheimnis diese angeblich so enorm erleichtert.

Umstrittenes Bankgeheimnis

Aus der Sicht des Kapitaleigners bietet die Schweiz ebenfalls einige Besonderheiten. Die bekannteste ist gewiss das Bankkundengeheimnis, auch wenn es in manchen Ländern oft noch strikter gehandhabt wird als in der Schweiz. Aber weil in

der Schweiz zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug unterschieden wird und nur der Steuerbetrug als kriminell und damit als legitimer Grund für die Aufhebung des Bankgeheimnisses gilt, weist die Schweiz für Leute mit Vermögen ohne Zweifel eine besondere Attraktivität auf. Es scheint allerdings, als gerate die Schweiz in dieser Frage immer mehr unter Druck, als werde sie immer weniger verstanden, als finde sie immer weniger Unterstützung.

Der mit der Attraktivität des Bankplatzes verbundene Zufluss von Geldern dürfte im Übrigen einer der Gründe für die in der Schweiz seit eh und je ausgesprochen niedrigen Zinssätze für Ausleihungen sein. Das wiederum macht das Land interessant für Unternehmen und Kreditnehmer. Auch die Stabilität des Schweizer Frankens, der seit Jahrzehnten gegenüber den europäischen Währungen eine Aufwertungstendenz aufweist (zum Leidwesen der schweizerischen Exportindustrie und des Tourismus), hat natürlich zum Teil mit der Anziehungskraft des Finanzplatzes zu tun und nicht nur mit der Qualität der schweizerischen Geldpolitik.

Hort der Demokratie

Über all dem steht das politische System der Schweiz. Aus der Sicht des Bürgers und des Wählers weist die Schweiz ohne Zweifel die meisten und wichtigsten Besonderheiten auf. Erwähnt seien hier nur drei:

Die eine ist die Neutralität, die früher oft ganz ohne Zögern als Erstes genannt wurde. Das kommt heute wohl nicht mehr vor. Die Neutralität gehört zur Schweiz, ohne Zweifel, aber die seit dem Wiener Kongress gepflegte Abstinenz, die auch nach dem Ende des Kalten Krieges wichtig ist und bleibt, besitzt dennoch kaum eine grundsätzliche und überragende Bedeutung. Die Neutralität wurde in der Vergangenheit oft und gerne etwas über-

höht dargestellt. Mehr Nüchternheit wäre hier zweifellos am Platz. Die Neutralität ist gewiss nicht unmoralisch, wie dies neuerdings in der Schweiz und außerhalb zunehmend so dargestellt wird. Sie ist allerdings genauso wenig besonders moralisch. Der große Zyniker Friedrich Dürrenmatt hat mit seiner Charakterisierung (bezogen auf die Haltung im Zweiten Weltkrieg) wohl Recht, wenn er schreibt: „Neutralität ist eine politische Taktik, keine Moral. Neutralität ist die Kunst, sich möglichst nützlich und möglichst ungefährlich zu verhalten. Wir waren auch Hitler gegenüber möglichst nützlich und möglichst ungefährlich. So sparte er uns für die Siegesfeier auf, und wir wurden nicht gefressen, damit hatten wir spekuliert...“

Zu den bekanntesten und ureigensten Besonderheiten des schweizerischen politischen Systems zählt ferner ohne Zweifel die *direkte Demokratie*. Im Mai dieses Jahres (2003) hat die Schweiz einen Abstimmungssonntag absolviert, an dem über sieben Initiativen und zwei Referenden abgestimmt wurde – das waren nach Auffassung der meisten Beobachter zu viele Abstimmungen auf einmal. Aber es gehört eben ganz ausgeprägt zum Selbstverständnis der Schweiz, dass das Volk der Souverän ist, dass es das letzte Wort hat, dass die Beamten und die Regierung letztlich Diener des Volkes sind. Auf diese direkte Demokratie möchten wohl die meisten nicht verzichten, auch wenn sie sich bei jeder Abstimmung ärgern, bei der sie unterliegen. Die alte, ungebrochene, sich evolutiv entwickelnde Demokratietradition der Schweiz ist vermutlich gerade in Zeiten der Verunsicherung eine wichtige Stütze. Die direkte Demokratie führt zu mehr Engagement, zu mehr Partizipation, zu einem permanent höheren Grad der Informiertheit, zu mehr Sach- und weniger Personalpolitik, zu mehr Kontrolle, zu mehr Identifikation mit dem System und zu mehr Diffe-

renziertheit. Allerdings kann auch die direkte Demokratie das, was man die Demokratiefalle nennt, nicht beheben. In jeder Art von Demokratie, auch in der direkten, besteht die Gefahr, dass Mehrheiten Entscheide zum Nachteil von Minderheiten treffen und dass sie die individuelle Freiheit missachten. Deshalb lässt sich in Abwandlung von Winston Churchills berühmtem Diktum die direkte Demokratie als schlechteste Regierungsform bezeichnen – mit Ausnahme aller anderen, einschließlich der parlamentarischen Demokratie.

Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, dass die direkte Demokratie ausgerechnet bei einer Integrations-Abstimmung, bei der Abstimmung vom Dezember 1992 über einen allfälligen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR), einen ihrer größten Triumphe feiern konnte. Man muss sich das einmal vorstellen: Die Regierung, das Parlament in überwiegender Zahl, alle großen nationalen Print-Medien von Mitte-links bis Mitte-rechts und die elektronischen Medien sprechen sich samt und sonders und vehement für den EWR-Beitritt aus, und das Volk stimmt schließlich dagegen. Die ersten Reaktionen der „classe politique“, die zutiefst frustriert war, lauteten, man müsse die Rechte des Volkes einschränken. Inzwischen hat sich die Aufregung gelegt, und man kann wieder sachlich über Reformen der direkten Demokratie diskutieren. Denn dass etwa die Hürde für die Unterschriftenzahl, die zur Einreichung einer Initiative notwendig ist, erhöht werden sollte, ist fast allen klar. Man hat nämlich nach der Einführung des Frauenstimmrechtes sehr wohl die Zahl von fünfzigtausend auf hunderttausend verdoppelt, aber man hatte das beträchtliche Bevölkerungswachstum seit Schaffung des Initiativrechtes im Jahre 1891 völlig vergessen.

Über all dem und deshalb ganz bewusst zum Schluss steht in der Schweiz

der Föderalismus der 23 Kantone und die damit verknüpfte *Gemeindeautonomie* der rund dreitausend Gemeinden. Diese beiden Ausprägungen eines dezentralen Systems führen dazu, dass Entscheide auf der untersten möglichen Ebene erledigt und allenfalls von unten nach oben delegiert werden, nicht umgekehrt. „Bürger-nähe“ hat dies schon Benjamin de Constant genannt. Daran sollte man festhalten. Der Einwand, Föderalismus sei ineffizient, ist aus mehreren Gründen wenig gültig. Erstens steckt dahinter ein statisches Verständnis von Effizienz. Wer Wettbewerb, auch den Wettbewerb der politisch-rechtlichen Systeme, im Sinne Friedrich August von Hayeks als Entdeckungsverfahren versteht, wird in der ständigen Suche nach Innovation, nach der besseren Lösung, die viel wichtigere Effizienz der Vielfalt erkennen. Zweitens stellt der Föderalismus ein zentrales Sicherungsinstrument gegen zu viel Staat dar. Der Wettbewerb der politischen Einheiten um die mobilen Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Wissen kann mehr bewirken als hunderte von Leitartikeln aus einer noch so spitzen Feder. Wettbewerb der Systeme führt auch nicht, wie gelegentlich befürchtet wird, zu einem Dumping-Wettlauf, bei dem der Staat völlig auf der Strecke bleibt, aber er verhindert die erwähnte Tyrannei der Mehrheit beziehungsweise die Demokratiefälle besser als alle anderen Regeln. Vor einigen Jahren zog ein reicher Unternehmer vom Kanton Zürich in den Nachbar-kanton Schwyz. Dabei ging es für ihn um eine Steuerersparnis in zweistelliger Millionenhöhe. In der Öffentlichkeit führte dieser Umzug zwar zu einem Aufschrei, aber als Disziplinierungsinstrument für die Begehrlichkeit des Fiskus war er dennoch äußerst wichtig. Drittens liegt die zentrale Aufgabe des politischen Systems nicht in der Effizienz, sondern in der Legitimation. Das politische System muss den Menschen mit den Anforder-

ungen der Ökonomie versöhnen. Der wichtigste und beste Ausdruck der Bürgernähe ist die Gemeindeautonomie. Nichts bringt so sehr Nutzen-und-Kosten-Deckung, nichts schafft so sehr Kostentransparenz, nichts bewirkt so sehr einen haushälterischen Umgang mit öffentlichen Geldern.

Ein geglücktes Experiment

Angesichts von so viel kaum versteckter Begeisterung für die Idee Schweiz – was natürlich der berechtigten Kritik an der konkreten Umsetzung keinen Abbruch tun soll – mag es erstaunen, wenn dieses Konzept hier dennoch nicht als Vorbild für andere propagiert wird. Man hört ja immer wieder, die Schweiz sei – vor allem wegen ihrer Vielsprachigkeit und ihres Föderalismus – geradezu ein Modell für das Zusammenleben von 25 europäischen Staaten (praktisch gleich viele, wie die Schweiz Kantone hat) mit unterschiedlichen Sprachen und Kulturen. Man sollte aber immer vorsichtig sein, wenn etwas als Modell bezeichnet wird. Nicht nur hat es, wenn man sich selbst als Modell empfiehlt, etwas Anmaßendes an sich, sondern ganz generell ist ein Modell ja immer etwas sehr Schematisches, geradezu Mechanisches. Die Schweizer Historikerin Beatrix Mesmer hat mit Blick auf den Föderalismus die, wie erwähnt, aus meiner Sicht wichtigste Errungenschaft des helvetischen Gemeinwesens so formuliert: „Jedenfalls sollte man (ihn) ... genau analysieren, bevor man ihn der Europäischen Gemeinschaft als politisches Heilmittel aus der helvetischen Hausapotheke andient.“ Da liegt Robert Nef, Leiter des Liberalen Institutes in Zürich, mit seiner „Schweiz als Experiment“ wohl besser. Es handelt sich, so darf man sagen, zugegebenermaßen um ein sehr erfolgreiches Experiment des Zusammenlebens unterschiedlicher Gruppen – religiös, sprachlich, kulturell, wirtschaftlich, politisch. Als ein solches schon Jahrhunderte

währendes Experiment des Zusammenlebens hat die Schweiz etwas Einzigartiges, aber auch etwas Eigenständiges und Eigenwilliges. Das berechtigt sie durchaus, ihre Erfahrungen selbstbewusst auf dem internationalen „Markt der Ideen“ zu vertreten und einzubringen, es sollte aber nicht dazu verleiten zu glauben, man könne und solle die Schweiz 1:1 kopieren. Aber inspirieren lassen kann und darf man sich natürlich schon.

Diese Art von Lernen funktioniert oft besser, wenn das „Vorbild“ draußen steht und nicht dazugehört. Während innerhalb des Klubs im Verhandlungsprozess vieles abgeschliffen wird oder gar nicht erst zu Stande kommt, kann der selbstständige Staat rasch und vielleicht auch unkonventionell entscheiden. Die anderen können dies auf Distanz und kostenlos beobachten. Wenn sich etwas bewährt, können sie es nachahmen und es dabei gleich noch ein wenig verbessern. Wenn es scheitert, wissen sie – ebenfalls kostenlos –, dass es nicht funktioniert und dass sie es deshalb besser bleiben lassen sollten. Ein gutes Beispiel ist die schweizerische Verkehrspolitik und die Schwerkverkehrsabgabe, die zunächst von der EU verteufelt wurden, inzwischen aber offenbar salonfähig geworden sind. Eigentlich sollte deshalb die EU ein gewisses Interesse an „Außenseitern“ wie der Schweiz haben und diese entsprechend pflegen.

Vorteile der Kleinheit

In diesem Zusammenhang ist eine Eigenschaft näherer Betrachtung wert, die zwar nicht gottgegeben ist, die aber doch historisch gewachsen ist und deshalb nicht ohne weiteres beziehungsweise von heute auf morgen von anderen staatlichen Einheiten nachgeahmt werden kann. Gemeint ist die Kleinheit des Landes. Mit diesem Hinweis soll nicht der gerade in Deutschland weit verbreiteten These Nahrung gegeben werden, die

direkte Demokratie funktioniere nur in kleinen, überschaubaren Räumen, doch dürften die oben erwähnten drei wesentlichen politischen Charakteristiken dennoch durch die Kleinheit zusätzlich begünstigt werden, oder sie dürften zumindest mit der Kleinheit etwas zu tun haben.

Dazu nur einige kurze Begründungen: Eine Weltmacht kann nicht und sollte nicht neutral sein, für ein kleines Land ist Neutralität dagegen längerfristig wohl die einzige überzeugende Sicherheitspolitik.

Je einfacher, kleiner und überschaubarer die Probleme sind, desto leichter lässt sich darüber im Gemeinwesen streiten und dann kollektiv darüber entscheiden. Das Herunterbrechen von möglichst vielem auf die unterste Ebene, die gelebte Subsidiarität also, gehört somit ganz wesentlich zur direkten Demokratie, nicht als *conditio sine qua non*, aber doch als geradezu logisches Pendant. Deshalb besteht – wenn schon, denn schon – eher ein Gegensatz zwischen Zentralstaat und direkter Demokratie, nicht unbedingt dagegen zwischen einem großen Staat und direkter Demokratie. Das sollte nicht verwechselt werden.

Schließlich hat auch das Funktionieren des Wettbewerbsföderalismus mit Kleinheit zu tun. Die Abstimmung mit den Füßen, die Exit-Option Albert Hirschmans, funktioniert viel besser, wenn man nur einige Hundert Meter weiter ziehen muss, um dort von niedrigeren Steuern zu profitieren (weil dort die nächste, steuergünstigere Gemeinde liegt), als wenn man, um einem einheitlich hohen europäischen Steuersatz zu entfliehen, über den Atlantik schwimmen muss.

Kleinheit hat daneben selbstverständlich noch andere Vorteile. Ein besonders wichtiger ist die Begrenzung von Fehlern. Hier liegt einer der wichtigsten Gründe für die Dezentralisierung von Entscheidungen, auch in den Unternehmungen, aber vor allem in Staat und Gesellschaft.

Unternehmensführung wie Politik befinden sich auf eine gewisse Weise ja immer in einem Stadium des Experimentes. Wenn man davon ausgeht, dass es erstens sehr selten bis nie vorkommt, dass unmittelbar evident ist, was hier und heute die beste Lösung ist, und dass zweitens, *ex post*, die Zahl der Fehlentscheide mindestens so groß ist wie die Zahl der richtigen Entscheide, muss man versuchen, die Risiken zu streuen. Wenn große Staaten große Fehler machen, kann dies für die Welt verheerend sein. Das lässt sich nicht durch ebenso große Wohltaten aufwiegen. Wettbewerb der Systeme zwischen kleinen Einheiten bedeutet deshalb die Begrenzung des Schadens von Fehlentscheiden und dadurch mehr Offenheit für das Experiment.

Schnittpunkt der Kulturen

Die Frage, ob die Schweiz ein europäisches Land ist, ist nahe liegend und absurd zugleich. Nahe liegend ist sie, seit für die Europäische Union die Kurzformel Europa verwendet wird, beide also gleichgesetzt werden, und damit über einige Exoten wie Norwegen oder die Schweiz großzügigst hinweggegangen wird, wie auch über mehrere Hundert Jahre Geschichte. Europa war und wird wohl immer mehr bleiben als das in den letzten Jahrzehnten geschaffene politische Konstrukt.

Absurd ist die Frage, weil es – wie oben angedeutet – in mancherlei Hinsicht kaum einen europäischeren Staat als die Schweiz gibt. Drei bedeutende europäische Sprachen werden dort gesprochen – die vierte Landessprache, Romansch, kämpft um ihr Überleben –, die Schnittstelle zwischen dem lateinischen und dem germanischen Kulturraum verläuft hier und, was nicht ganz identisch ist, auch die Schnittstelle zwischen dem kühlen Norden und dem mediterranen Süden. Auch die religiöse Vielfalt ist seit vielen Jahrhunderten mit Protestantismus

und Katholizismus sowie – als Minorität – dem Judentum abgebildet, neuerdings aufgrund der Einwanderung aus dem Balkan ergänzt durch Orthodoxie und Islam.

Europäisch ist die Schweiz auch noch in einem weiteren Sinn. Die Schweiz hat angesichts ihrer Lage immer wieder Zuwanderung erfahren, zuerst Wiedertäufer und Hugenotten, später oft auch andere religiös Benachteiligte aus Nachbarstaaten. Sie war bis zu einem gewissen Grad fast ein Schmelztiegel Europas. Die Schweiz hat von diesen Einwanderern profitiert, mehr wohl als andere europäische Staaten. Viele der großen Industrieunternehmen des Landes wurden von Ausländern gegründet. Nestlé, Roche, Sandoz, Brown-Boveri oder das Speditionsunternehmen Danzas, um nur einige zu nennen, hätte es ohne Zuwanderung nie gegeben. Später kamen italienische Gastarbeiter hinzu und in den letzten Jahren dann solche aus Spanien, Portugal und dem Balkan. Auch ohne sie wäre die Schweiz wohl weniger wohlhabend, als sie es heute ist.

Aber auch auf kulturellem Gebiet war die Schweiz oft ein Zufluchtsort, nicht nur in Zeiten des Feudalismus und Despotismus, sondern vor allem während des Zweiten Weltkrieges, als viele Kulturschaffende in der Schweiz vorübergehend oder dauerhaft Zuflucht fanden, als das Zürcher Schauspielhaus zum Zentrum von deutschen Uraufführungen wurde und sich die Neue Zürcher Zeitung als einzige freie deutschsprachige Stimme mit internationaler Ausstrahlung im Blätterwald profilierte.

Warum Kopf und Herz Nein sagen

Doch ist die Schweiz europäisch in dem Sinne, dass sie sich gut in die EU der fünfzehn oder demnächst der 25 einfügte, dass sie dort ihre Bestimmung fände? Die bisherigen Ausführungen legen ein Nein als Antwort nahe. Zumindest zurzeit dürfte

jedenfalls der Kopf der Mehrheit der Schweizer und Schweizerinnen Nein sagen zu einem möglichen Beitritt zur EU. Gewiss, die Konsumenten müssten Ja sagen, aber was ist das gegenüber der Sicht der Arbeitnehmer, der Steuerzahler, der Kapitalanleger und vor allem der Bürger, die alle Nein sagen müssten, sofern sie die Rechnung richtig machten? Und mit Rechnung ist hier bewusst nicht nur eine monetäre Rechnung gemeint; es geht gerade bei den vielen politischen Fragen nicht ums Geld, sondern es geht in erster Linie um ein genossenschaftliches Staatsverständnis, um einen Staatsaufbau von unten nach oben und um die Freiheit und Selbstverantwortung des Individuums in seinem Staat. Es geht übrigens selbst aus der Sicht des Steuerzahlers nicht nur oder auch nur in erster Linie ums Geld, um weniger Steuern – das auch –, sondern es geht auch dort vor allem darum, dass „the power to tax“ in die Hände der Bürger gehört.

Vielleicht ist bei aller Sachlichkeit der Argumente aber auch angeklungen, dass wohl auch, ja vielleicht erst recht das Herz der Mehrheit der Schweizer und Schweizerinnen Nein sagen durfte zur EU, wie sie sich heute präsentiert. Das Herz sagt Nein, weil sich die Schweiz in ihrer ganzen Offenheit zugleich durch die ganze Geschichte als besonders eigenwillig und eigenständig – das vor allem – verstanden hat, man könnte auch sagen knorrig, und damit alles in allem höchst erfolgreich war. Das war im Zweiten Weltkrieg so, es war aber auch so, als die Schweiz das einzige demokratische Land in einem Meer des Feudalismus war. Die Schweiz brauchte übrigens einen Deutschen, Friedrich Schiller, um den Mythos vom wehrhaften, jeder Einbindung und Unterwerfung abholden Bergervolk so kunstvoll und prägnant zu beschreiben, wie dieser es im schweizerischen Nationalepos Wilhelm Tell getan hat.

Die EU, wie sie sich heute präsentiert, verkörpert wohl aus Sicht einer Mehrheit

in der Schweiz nicht, wie das gerne behauptet wird, eine allumfassende europäische Wertegemeinschaft. Um zu dieser Aussage zu gelangen, war nicht die Erfahrung des empörenden Umganges der EU mit Österreich nötig, als das demokratische Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Landes mit Füßen getreten wurde. Harmonisierung etwa war der Schweiz immer ein Gräuelfeld, auch innerhalb des Landes, sich einmischen in die Händel der Großen hat sich für die Schweiz nie bewährt, und Großmachtallüren haben stets Anti-Reflexe hervorgerufen. Natürlich soll damit nicht im Geringsten das viele Gemeinsame, die Erfahrung von Jahrhunderten europäischer Geschichte oder das Verbindende der universalen Menschenrechte, negiert werden. Aber man sollte darob die Vielfalt und die Eigenständigkeit nicht vergessen.

Eigenständigkeit braucht Kraft

Eine andere Frage ist, ob denn die Schweiz in ihren Entscheidungen so frei und autonom ist, wie sie gerne sein möchte und wie sie sich einbildet, es zu sein. Klar ist, dass das Land wirtschaftlich in einer Verfassung ist, die ihm diesen eigenen Weg bisher eher erlaubte als anderen Staaten vergleichbarer Größe. Natürlich ist die EU in jeder Beziehung der wichtigste Partner der Schweiz, aber selbst ohne Kolonien war das kleine Land schon früh in Asien und Lateinamerika tätig, und auch der wirtschaftliche Austausch mit den USA kann sich seit je sehen lassen. Solange man daher in Brüssel den Sonderling mit Verständnis und Wohlwollen betrachtet und ihm keine Knüppel zwischen die Beine wirft, dürfte die Schweiz gut, möglicherweise sogar bestens ohne Klubmitgliedschaft leben können. Nun hört man jedoch zunehmend Stimmen, die für die Eigenständigkeit der Schweiz wenig Verständnis aufbringen und deshalb – wenn auch vielleicht nicht

gerade mit diesen Worten – zu verstehen geben, dass man die Schweiz schon noch in die Knie zwingen werde. Sie empfinden den Außenseiter immer mehr als unangenehmen Stachel im Fleisch. Ein solches Verhalten führte für die Schweiz zu einer paradoxen Situation: Die EU zeigte damit ein Gesicht, das sicher die Motivation, ihr beizutreten, auf null schrumpfen ließe; zugleich bliebe der Schweiz in diesem Fall allerdings wohl gar nichts anderes übrig, als dem Staatenverbund doch beizutreten, denn ohne Zweifel könnte die Schweiz in einem ihr missgünstig gesinnten europäischen Umfeld nicht erfolgreich überleben.

Die Schweiz als Trittbrettfahrer?

Nun wird die historisch bedingte und verständliche Eigenständigkeit der Schweiz gelegentlich als Trittbrettfahren und als Mangel an Solidarität missverstanden – auch in der Schweiz selbst. Dafür gibt es gute und weniger gute Gründe.

Es ist klar: Die Schweiz profitiert vom europäischen Binnenmarkt, erst recht seit die bilateralen Verträge mit der EU abgeschlossen wurden. Aber offene Grenzen sind nicht ein einseitiges und gnädigst gewährtes Privileg, sondern ein Spiel zum gegenseitigen Nutzen. Vom Freihandel profitieren alle. Hier sind jegliche Vorwürfe an die Adresse der Schweiz in keiner Weise gerechtfertigt.

Genauso deplatziert ist der Vorwurf, die Schweiz profitiere wegen ihres Bankgeheimnisses und ihrer nicht von allen geteilten Auffassung von Steuerbetrug von der EU. Wenn sich die Bürger und Bürgerinnen eines Landes gegen die unsinnige und aussaugende Steuerpolitik ihrer Regierung wehren und ihr Vermögen gegen den Zugriff des Staates, gegen die Inflation oder gegen den Währungszersplitterung sichern wollen, ist es ein Segen, dass es Staaten gibt, die ihnen dazu die Hand bieten. Es ist weder moralisch noch rechtlich verboten, von der schlechten

Wirtschaftspolitik anderer Staaten zu profitieren, denn letztlich geht es um das Wohl der Bürger, nicht um das Wohl der Regierungen.

Schließlich ist es ganz generell ungerchtfertigt, der Schweiz aus ihrer Knorrigkeit, ihrer mangelnden Anpassungswilligkeit einen Strick drehen zu wollen. Nicht mit dem Strom zu schwimmen, dem Zeitgeist nicht zu folgen, nicht „politically correct“ zu agieren, anders als die anderen zu sein und als einziges Land eine bestimmte Position zu vertreten mag gelegentlich konservativ scheinen, es kann sich als unklug erweisen, es kann unbequem sein – für sich selbst und für die anderen –, und es braucht deshalb manchmal ziemlich viel Mut und Sturheit. Aber mit einem Mangel an Solidarität oder mit Schmarotzertum hat dies nicht das Mindeste zu tun.

Dagegen ist richtig, dass die Schweiz in vielerlei Hinsicht von der EU als politischem Gebilde profitiert, von ihrer stabilisierenden Wirkung in einem von so vielen Gräben zerrissenen Kontinent, von ihrem Beitrag zur Friedenssicherung, von den mannigfaltigen positiven externen Effekten ihres Tuns und ihrer Entwicklung. Ob sie diese externen Effekte alle voll abgilt, soll hier offen gelassen werden. Das ist ja auf der Mikroebene nicht anders. Alle Menschen sind Nutznießer unzähliger positiver externer Effekte und leiden unter verschiedenen negativen externen Effekten, Immissionen aller Art, ohne dass diese alle abgegolten würden. Es gibt viele, die behaupten, das mache den Reiz des menschlichen Zusammenlebens aus, und die daher vor einer völligen Ökonomisierung des Lebens warnen. Wie dem auch sei – nach Ansicht dieses Autors sollte die Schweiz jedenfalls jederzeit bereit sein, allfällige Vorteile abzugelten, sofern es sich auch aus ihrer Sicht wirklich um Vorteile handelt. Es ist in der Vergangenheit von schweizerischer Seite vielleicht zu wenig deutlich signalisiert

worden, dass die Eigenbrödelei nichts mit Egoismus zu tun hat, dass das Land im Gegenteil sehr wohl bereit wäre, seinen Beitrag zu leisten, auch außerhalb des Klubs. Die in der Schweiz gängige Umschreibung einer eigenständigen Position des Landes als „Alleingang“ oder gar als „Abseitsstehen“ wird diesem Verständnis leider nicht gerecht und wirkt sogar leicht diffamierend. Dabei gilt doch nur: Die Schweiz will kein Vereinsmeier sein – das ist alles.

Nach der von Gottfried Keller formulierten Maxime sollte man jedermanns Vaterland achten, das seinige aber darf man lieben. Die hier präsentierten Ausführungen zur Schweiz und Europa, zur Schweiz in Europa, sind nicht unparteiisch. Sie basieren auf der Überzeugung, dass es ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen nationalen Identität gibt beziehungsweise geben kann, das gänzlich ohne Abwertung des oder gar Hass gegenüber dem Fremden und den Fremden auskommt. Jede Nation hat ihre

Wurzeln, ihre Mythen, ihre Geschichte und ihre Geschichten, auf die sie stolz sein kann, so wie jede Nation zugleich – so wie jeder Mensch – auch Schatten aufweist, die es zu akzeptieren gilt. Es gibt ein Leben außerhalb der EU, und dieses Leben außerhalb lässt sich für die Schweiz in jeder Hinsicht rechtfertigen und begründen – politisch, historisch, wirtschaftlich, kulturell und moralisch. Dass viele Menschen und viele Politiker in der EU die Schweiz gerne dabei hätten, und zwar aus ganz ehrlichen und uneigennütigen Motiven, dass die Schweiz also Freunde hat, sollte die Schweiz freuen. Aber alle, hier und dort, sollten vielleicht einfach auch vernünftig genug sein zu erkennen, dass die Schweiz in ganz wesentlichen Punkten, in Punkten, auf die es ankommt, eben doch ein Sonderfall ist.

Der Text basiert auf einem am 26. Mai 2003 am Internationalen Begegnungszentrum der Universität Erfurt (Lehrstuhl für vergleichende Regierungslehre) gehaltenen Vortrag.

Eine Volkspartei hat ihr Volk verloren

„Historische Tiefstände bei einer bundesweiten und einer Landtagswahl können an der Bundesregierung nicht spurlos vorübergehen. Auch wenn gestern nicht direkt über ihre Arbeit abgestimmt wurde, ist das Wahlergebnis eine Aussage der Deutschen über die Koalition. Mit ihr wird der SPD faktisch die Legitimation zur Führung des Landes abgesprochen. Wer nur noch jeden fünften Wähler an sich binden kann, hat achtzig Prozent aller Wähler gegen sich. Noch düsterer in Thüringen. Dort ist die SPD irgendwo bei vierzehn Prozent angekommen. Eine Volkspartei hat ihr Volk verloren. Es ist nichts erkennbar, was diesen Prozess aufhalten könnte. Gerhard Schröder, der sich immer auf sein Glück verlassen konnte, ist jetzt vom Glück verlassen.“

Ulrich Neufert in der *Neuen Presse* (Hannover) vom 14. Juni 2004.